

Endlich handeln – Rheinland-Pfalz sozial gestalten!

Beschluss des Landesparteitages vom 17.2.2018

Wir fordern die Landesregierung auf, im kommenden Jahr endlich folgende Probleme anzugehen und nicht länger tatenlos zu bleiben:

- 1) Entgegen ihren Versprechungen im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung bisher weder wahrnehmbare Schritte zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit noch zur Bekämpfung von Armut, insbesondere der wachsenden Kinderarmut (lt. Bertelsmannstudie + 0,9 Prozent/ insgesamt 11,5 Prozent), unternommen. Wir erwarten von der Landesregierung die Formulierung nachprüfbarer Zielvorgaben zur Senkung der Armutsquote, die in überschaubaren Zeiträumen mindestens erreicht werden sollen.
- 2) Rheinland-Pfalz brüstet sich mit dem Versprechen „kostenloser Bildung“. In Wahrheit hängt auch in unserem Land der Bildungserfolg so stark wie in kaum einem anderen OECD-Staat von Geldbeutel und Bildungsstand der Eltern ab – und die rot-grün-gelbe Landesregierung spart auf Kosten der Bildung: RLP gibt nur 1.293 Euro pro Einwohner dafür aus – in Hessen sind es 1.495, in Baden Württemberg und NRW 1.490 Euro. Festzustellen ist deshalb an vielen Orten mangelhafte Unterrichtsversorgung (Ausfallstunden), die nach wie vor anhaltende lediglich befristete Beschäftigung von Lehrkräften, die andauernde Nicht-Gleichbezahlung von LehrerInnen für gleiche Arbeit und die in weiten Teilen mangelhafte Sach- und Raumausstattung von Bildungseinrichtungen und die personell völlig unzureichend umgesetzte Inklusion: Die Landesregierung ist aufgefordert, die Mittel für Schulen, Hochschulen und berufliche Bildung um mindestens 30 Mio Euro jährlich zu erhöhen.
- 3) In Rheinland-Pfalz fehlen in den Ballungsgebieten mindestens 50.000 Wohnungen für Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen. Die Landesregierung hat die Mittel zaghaft aufgestockt, die Förderung von 4.000 Wohnungen ist aber viel zu wenig – zumal dieses Ziel absehbar verfehlt wird. Insbesondere in Ballungsgebieten brauchen wir neben mehr Geld und der Ausweisung geeigneter Flächen auch gesetzliche Möglichkeiten, Leerstände und brachliegende Grundstücke aus Gründen des Gemeinwohls – und gegen angemessene Entschädigung – auch gegen den Willen von Eigentümern für die Wohnnutzung zu erschließen.
- 4) Die unzureichende und damit verfassungswidrige Finanzierung der Kommunen im Land wollen wir abstellen und dafür sorgen, dass die Gebietskörperschaften sowohl ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen als auch die ihnen zustehende politische Gestaltung tatsächlich ausüben können. Die jüngst vorgestellte Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs genügt dieser Anforderung nicht. Vielmehr muss

sowohl ein Schuldenschnitt für höchstverschuldete Kommunen als auch eine bessere und vor allem konjunkturunabhängige Finanzausstattung für die Haushalte ab 2018 realisiert werden.

- 5) Mobilität ist in Rheinland-Pfalz eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass Menschen sich auch „in der Fläche“ zuhause fühlen und berufliche Chancen haben. Angesichts des weiter steigenden Zuschussbedarfs des ÖPNV bei absehbar verringertem Angebot fordern wir die Landesregierung auf, mit den Verkehrsverbänden endlich Gespräche über einen umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV zu führen und diese baldmöglichst zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.